

Stenographischer Bericht

9. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 18. April 2001

Inhalt:

Personelles: Entschuldigt: Dritter Landtagspräsident Ing. Kinsky, Abg. Kröpfl.

1. Mitteilungen (333).

2. Einbringung der Landesvoranschläge 2001 und 2002.

Redner: Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (333), Abg. Gennaro (340), Abg. Dr. Lopatka (343), Abg. Lafer (345), Abg. Lechner-Sonnek (346), Abg. Schrittwieser (347).

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die neunte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Dritter Landtagspräsident Ing. Kinsky und Landtagsabgeordneter Kröpfl.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Auflagen und Zuweisungen:

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass drei schriftliche Anfragen und drei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich begrüße 20 Schülerinnen der HBLA Schrödingergasse unter der Leitung von Frau Dr. Korgrubner. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße 61 Damen und Herren des steirischen Seniorenbundes, Ortsgruppe Dobl unter der Leitung von Herrn Obmann Florian Kurz. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße 28 Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Weißenbach bei Liezen unter der Leitung von Herrn Bürgermeister Rudolf Pollhammer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße 18 Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des BORG Hasnerplatz unter der Leitung von Frau Mag. Grinschl. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile nun dem Herrn Landesfinanzreferenten, Dipl.-Ing. Herbert Paierl, das Wort zur Einbegleitung der Landesvoranschläge für die Jahre 2001 und 2002.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (10.07 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungskollegen, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren!

Ich werde meine Einbegleitungsrede zum hier schon vorliegenden Landesvoranschlag 2001/2002 mit vier Thesen, drei Spielregeln und sechs Schwerpunkten versuchen, Ihnen möglichst nahe zu bringen.

Erste These, ein Budget, meine Damen und Herren, ist ein politisches Programm. Ein Budget ist ein in Zahlen gegossenes politisches Programm, das haben Sie höchstwahrscheinlich schon oft gehört. Deshalb ist aber auch eine Budgetdebatte ein Höhepunkt im politischen und parlamentarischen Handeln und Leben, weil dabei die Vorhaben der Landespolitik für den Budgetzeitraum festgelegt werden.

Die zwei wichtigsten Instrumentarien der Politik sind Regeln, im Wesentlichen in Form von Gesetzen, die Sie beschließen, und Geld. Ein Budget bewegt sich im Rahmen des Möglichen, es kann keine Wunschliste an den Weihnachtsmann darstellen. Das Mögliche auf gescheite Weise umsetzen, das wäre auch eine Definition von Politik.

Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat am 7. November 2000 hier im Hohen Haus dem Steiermärkischen Landtag ein Arbeitsprogramm, etwas, was es meines Wissens früher nicht in dieser Form gegeben hat, für die XIV. Legislaturperiode 2000 bis 2005 vorgelegt, das auch die Grundlage der folgenden Ausführungen und die Richtschnur aller Budgetüberlegungen ist. Das Budget 2001/2002 ist sozusagen ein erster Realisierungsschritt dieses Arbeitsprogrammes.

Zweite These. Verschuldungspolitik ist Nichtpolitik. Meine Damen und Herren, besonders herzlich möchte ich an dieser Stelle und an diesem Punkt dieser These unter Ihnen die Frau Abgeordnete Barbara Gross begrüßen. Sie, Frau Gross, vertreten hier im Hohen Haus des Steiermärkischen Landtages als eine der 56 Abgeordneten nicht nur sehr engagiert Arbeitnehmerinteressen und Sozialanliegen, Sie sind auch Vorsitzende der steirischen Volkshilfe und haben maßgeblich Mitverantwortung dabei für ein Umsatz- und Budgetvolumen in diesem Bereich der Volkshilfe von 400 Millionen Schilling, so dass Sie bürgen, Sie haften politisch stellvertretend für die Steirerinnen und Steirer für Einnahmen, Ausgaben und natürlich auch für die eingegangenen – und insbesondere das ist ein kritischer Punkt – Schulden. Sie machen Ihren Job hier sehr gut, aber haben Sie Kenntnis davon, dass sich allein für die durch Sie vertretenen Steirerinnen und Steirer 300 Milliarden Schilling Schulden – davon 250 Milliarden Steiermarkanteil an Bundesschulden, das sind 1700 Milliarden, wie Sie wissen, die Landesschulden sind 22 Milliarden, die Gemeindeschulden 23 Milliarden Schilling – angehäuft haben? Das sind 250.000 Schilling Schulden für jede Steirerin und jeden Steirer, vom Säugling bis zum Senioren. Eine steirische vierköpfige Familie belasten wir derzeit mit einer Million Schilling Schulden.

Diese Zahlen sind schwer begreifbar, aber wir sprechen hier nicht von DKT-Geld, sondern es ist echtes Geld. Keine Schulden mehr zu machen, das heißt, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben ist kein Selbstzweck, weil es notwendig ist, die Zukunft der jungen Generation zu sichern und den jungen Menschen keinen wachsenden Schuldenberg zu hinterlassen. Österreich zahlt gegenwärtig jährlich mehr als 100 Milliarden Schilling an Zinsen ohne Tilgung, das sind 280 Millionen Schilling pro Tag. Das sind vergangenheitsbezogene Ausgaben und Aufgaben, die sich in der Vergangenheit abgespielt haben. Jetzt müssen wir diese Aufwendungen durch ausgeglichene Haushalte zumindest nicht vergrößern, sondern versuchen, zu verringern, Platz schaffen für zukunftsbezogene Leistungen.

Die vorliegenden Budgets des Landes Steiermark für die Jahre 2001 und 2002 machen dem bisherigen Verschuldungskurs ein Ende und setzen damit auch einen wesentlichen Schritt – und darauf lege ich besonderen Wert – zu mehr Gerechtigkeit.

Es geht nicht an, nur auf aktuelle Wählerpotentiale zu schießen und diese auf Kosten von heranwachsenden Generationen zu versorgen. Eine Verschuldungspolitik ist auch keine soziale Politik, sie ist nicht zukunftsgerichtet, sie ist vielmehr eine verantwortungslose Politik. Das wäre eine Gefälligkeitspolitik, die wir nicht wollen und wo wir uns nicht von der einen oder anderen Klientel beuteln lassen wollen, weil sie nur durch Geschenkverteilung überleben kann. Verschuldungspolitik ist im Wesentlichen im Grunde genommen Nichtpolitik, Antipolitik.

These drei, eine Politik mit Horizont und Bereitschaft zum Wandel brauchen wir. Sie, liebe Frau Gross, und auch ich, genauso wie alle hier und alle 1,2 Millionen Steirerinnen und Steirer leben gerne hier in der Steiermark, es ist ein schönes Land. Aber wir leben deshalb nicht hinter den Bergen. Globalität, die Welt des single place, der shrinking world, das ist längst vertraut. Die Wertschöpfungsketten werden international, Unternehmen werden verflochten, Finanzmärkte sind global, wir stehen in einem Globalisierungs- und Europäisierungsprozess.

Die „Neue Zürcher Zeitung“, die „Frankfurter Allgemeine“ und der „Herald Tribune“ kommen überein, dass das Beispiel Steiermark gezeigt hat, dass „aus Österreichs Eigenbrödlern Teamspieler geworden sind“, dass „das Autoland Steiermark erfolgreich auf internationale Vernetzung setzt“ und dass „Europeans motor city Graz heißt“.

Abkoppeln ist unmöglich, wir werden uns in diesem Prozess bewähren müssen. Wir setzen auch natürlich auf starke eigene Identität, treten aber gleichzeitig für Offenheit und Multikulturalität ein. Wir wollen keine europäische Festung, genauso wenig wollen wir auch eine österreichische oder steirische Festung, kein Einigeln, kein ängstliches Versteckspiel. Die europäische Integration schreitet voran, die EU-Südosterweiterung wird kommen, in mehreren Schritten, bedacht und intelligent, und die Steiermark wird daraus Nutzen ziehen. Alle Politikbereiche, meine Damen und Herren, sind von diesen Veränderungen betroffen. Wer glaubt, dass die österreichische, steirische Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte mit denselben Methoden auch im 21. Jahrhundert fortgeführt werden kann, der irrt. Wer will, dass unsere wesentlichen Errungenschaften, nämlich wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand in Verbindung mit sozialer Sicherheit aufrecht bleiben, der muss in diesem neuen Umfeld auch auf neue Weise agieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, das bedeutet nicht, dass man jedem modischen Trend aufsitzen muss, dass man nicht da oder dort bewusst Widerstand gegen Torheiten der Zeit leisten soll, aber jede Politik wird scheitern, die an den Zeichen der Zeit systematisch vorbeigeht.

Deshalb ist für mich eines klar: Sie, meine Damen und Herren, und nochmals Sie, liebe Frau Barbara Gross, die Sie jetzt versteckt und verdeckt werden von Fotografen, und ich, wir können weder diese große politische Bürgschaft des alten Schuldenmachens übernehmen noch können wir uns als Schutzmacht überkommener

Strukturen aufspielen. Deshalb haben wir uns auch intensiv mit der Festlegung neuer Spielregeln beschäftigt. Ich danke Ihnen persönlich, Frau Abgeordnete, dass Sie als langjährige Vertreterin des Hauses hier, in diesem meinem grundsätzlichen Plädoyer für eine Politik ohne zusätzliches Schuldenmachen, eigentlich gegen eine Nichtpolitik und für eine Politik mit Horizont und Bereitschaft zum Wandel persönlich von mir angesprochen werden durften, beispielhaft sozusagen, um damit aber die gesamte Verantwortung, die besondere Verantwortung dieses Hauses herauszustellen.

Vierte These. Eine Finanz- und Budgetpolitik, die weiß, was sie will, verlangt klare Spielregeln. Meine Damen und Herren, immer mehr unserer Unternehmungen, insbesondere der Mitarbeiter dort, haben die ganze Welt im Blick, finden ihre Partner und Märkte in vielen Ländern und auf allen Kontinenten. Die Beschäftigung ist in der Steiermark nicht zuletzt auch wegen dieser Wettbewerbsfähigkeit und dieser Wandlungsbereitschaft unserer Strukturen und insbesondere der Tüchtigkeit unserer Landsleute in den letzten Jahren, nämlich von 1997 bis 2000, um 17.000 Jobs gewachsen, von 402.689 auf 419.822 Beschäftigte.

Wieso sollte neben diesem erfolgreichen exponierten Sektor nicht auch der öffentliche Sektor, der in der Steiermark mit rund 127.000 Beschäftigten 30 Prozent umfasst, diesen Weitblick nicht auch haben? Ich bin überzeugt, er hat ihn, dieser öffentliche Sektor. Vielfach wird vergessen und auch verdrängt, dass etwa 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der nicht geschützten und dem Wettbewerb ausgesetzten Bereiche in der Steiermark jährlich ihren Job wechseln, freiwillig oder unfreiwillig arbeitslos werden, sich verändern. Der geschützte Sektor darf und kann sich nicht hier immobil geben oder gar unsolidarisch verhalten. Gott sei Dank sind gerade bei uns in der Steiermark die Mitarbeiter in den Ämtern im Großen und Ganzen sehr motiviert und für Erneuerungen aufgeschlossen.

Der neue Personalreferent Hermann Schützenhöfer wird im Rahmen der von ihm bereits eingeleiteten Besoldungs- und Pensionsreform gemeinsam mit der Personalvertretung des Amtes der Landesregierung zukünftig einen wesentlichen, einen wichtigen Beitrag zur Budgetkonsolidierung und zur Strukturreform leisten. Deshalb sei es noch einmal gesagt, die neue Welt erzwingt neue Finanz- und Budgetpolitik, die weiß, was man will und klare Spielregeln hat, wie sie die Steiermärkische Landesregierung auch in ihrem mittelfristigen Finanz- und Budgetplan bis 2004 im Februar dieses Jahres genehmigt und auch dem Steiermärkischen Landtag, Ihnen, im März vorgelegt hat und den Sie auch beschlossen haben. Was sind nun diese drei Spielregeln im Sinne auch genereller Handlungsanleitungen?

Spielregel eins: Konsolidieren durch eine starke Politik. Der Konsolidierungsbedarf für das landespolitische Ziel, das heißt innerhalb des Landes, da geht es nicht um die Frage des Stabilitätspaktes, keine Nettoneuverschuldung, keine geplante Nettoneuverschuldung auch im Budget nicht, beträgt auf der Basis der Budgetzahlen 2000 rund 1,5 Milliarden Schilling. Dieses Ziel kann man, darf man nicht einmalig, sondern muss es nachhaltig anstreben und auch erreichen. Die Steiermark hat sich strukturell von einer kurzatmigen Krisenregion zu einem wirtschaftlichen Motor Österreichs entwickelt. Diese Konsolidierung der steirischen Strukturen und damit die überaus erfreuliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage machen auch Mut, die Landesfinanzen konsolidieren zu können. Dabei bekennen wir uns ganz generell und insbesondere in Finanz- und Budgetfragen zu einer starken und nicht zu einer imperialistischen Politik.

Meine Damen und Herren, eine imperialistische Politik wäre bevormundend, obrigkeitlich, sie mischt sich überall ein, sie schreibt alles vor, sie überwacht jeden Handgriff ihrer Bürger. Eine starke, zukunftsorientierte Politik hingegen nimmt ihre Kernkompetenzen wahr und geht ganz bewusst aus gewissen Bereichen heraus. Denn eine Politik, die sich überall einmischt, verbraucht auch überall mehr Geld. Geld, das sie nicht mehr in diesem Ausmaß zur Verfügung hat. Die vorliegenden Landesbudgets machen nicht nur mit diesem Verschuldungskurs ein Ende, sondern sollen mit Hilfe des Konsolidierungsbetrages von 1,5 Milliarden Schilling jährlich einen neuen Finanzspielraum, das ist besonders wichtig, für die Zukunft schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, Spielregel zwei: Alle Ressorts in die Finanzverwaltung miteinbeziehen. Den einzelnen Ressorts stehen Globalbudgets zur Verfügung – Sie haben sie dann auch in Ihren Unterlagen –, die in Eigenverantwortung und durch interne Umschichtungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden sollen. Intelligentes Wirtschaften im Bereich des Budgets für zukünftige Aufgaben soll die einfache Fortschreibung von Ansätzen, die ihre Legitimation aus der Vergangenheit beziehen, ersetzen. Es liegt in der Natur der politischen Arbeit, dass jedes Ressort des Landes für seine Anliegen optimale finanzielle Mittel und Ausstattungen beansprucht. Dem Finanzressort – das ist das Schicksal aller Finanzreferenten auf dieser Welt – fällt die Aufgabe zu, diese Wünsche nach optimaler Ausstattung mit der realen Situation der maximal vorhandenen Mittel, der Steuermittel im Wesentlichen, in Einklang zu bringen.

Mit der Anzahl der Nullen vor dem Komma steigt die Gefahr, dass die genannten Summen „unbegreifbar“ und zu Symbolen politisch motivierter Zahlenspiele verkommen. Im selben Ausmaß steigt die Gefahr, dass Forderungen und Wünsche völlig losgelöst von der zugrunde liegenden Ausgaben-Einnahmen-Rechnung diskutiert werden. Wir müssen daher bewusst machen, dass es sich beim Landesbudget um echtes Geld handelt, nicht um virtuelle Symbole und in Zukunft – wie Sie auch dem neuen Einband des Budgets entnehmen können – um Euros.

Eine starke neue Finanz- und Budgetpolitik muss sich auf die Prinzipien dieser starken Politik, wie ich sie früher definiert habe, verlassen können, dass nämlich die Ressorts in ihrem Aufgabenbereich, in ihrer Aufgabenverantwortung die Budgetmittel effizient einsetzen. Ohne das Mitwirken aller politischen und beamteten Verantwortlichen dieses Landes werden wir dies aber nicht schaffen. Eine Politik, die gleichzeitig

Regierungs- und Oppositionspolitik ist, ist oft auch in der Darstellung widersprüchlich und entspricht als solche weder dem Geist demokratischer Zusammenarbeit noch den Erfordernissen starker Zukunftsentwürfe (Beifall bei der ÖVP.)

Kurz zu einigen Zahlen: Der Voranschlag 2001 hat einen Gesamtausgabenrahmen von 49 Milliarden Schilling. Der Voranschlag 2002 umfasst Gesamtausgaben – wir sind schon in der Euro-Zeit – von 3,5 Milliarden Euro.

Bei diesem Gesamtausgabenrahmen von knapp 50 Milliarden sind Sie, meine Damen und Herren, ist der Steiermärkische Landtag eigentlich für zirka 50 Prozent als Gestaltungsspielraum des Landtages verantwortlich. Im Übrigen ist jeder Landeshaushalt auf Grund unserer Verfassung eher ein Verwaltungshaushalt. Die im freien Ermessensspielraum der Regierungsmitglieder – und das wissen viele nicht und wird immer wieder übersehen – verfügbaren Budgetmittel liegen wie alljährlich bei rund 4 Prozent, knapp 2 Milliarden Schilling von insgesamt 50 Milliarden und 25, die in etwa hier im Landtag als Gestaltungsspielraum vorliegen. Knapp 80 Prozent – das sind eben 20 Milliarden Schilling – und im Übrigen auch auf der Einnahmenseite als unsere Einnahmen aus Ertragsanteilen hinzustellen sind – wir haben ja nur 600 Millionen, die wir tatsächlich aus Landesabgaben erlösen, das andere kommt von Wien, wenn Sie es so wollen – dieses gestaltbaren Ausgabenrahmens von rund 25 Milliarden fallen in die Bereiche Wohnbauförderung, Gesundheit, Soziales und Personal, zu jeweils in etwa gleich großen Anteilen. Die reflexartigen Reaktionen wie gesagt lauten: „Ich tät eh, aber der Finanzreferent oder der Landtag stellen das Geld nicht zur Verfügung!“ Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser Spielregel, dass alle Ressorts ihre eigene Verantwortung haben, geht das nicht mehr. Mein Appell an alle Regierungsmitglieder, aber auch an Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses: Wir alle müssen die Zukunft unseres Landes sichern. Und das ist mit dieser neuen Budgetpolitik möglich. Wir müssen in unserer eigenen Verantwortung mit den vorhandenen Mitteln auskommen und in den Ressorts intelligent wirtschaften – und das geht! Sie müssen sich in diese Finanzverantwortung miteinbeziehen lassen und sich auch miteinbezogen sehen.

Spielregel drei: Diese neue steirische Finanz- und Budgetpolitik ist Ausdruck auch eines steirischen Selbstbewusstseins und das hängt auch mit dem Stabilitätspakt zusammen. Der europäische Wachstums- und Stabilitätspakt, den Österreich noch unter der vorangegangenen SPÖ-Kanzlerschaft unterzeichnet hat, sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt oder sogar einen Überschuss erzielen.

Das Stabilitätsprogramm, das die neue österreichische Bundesregierung im Frühjahr 2000 nach Brüssel sandte und das für 2003 noch einen Abgang von 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorsah, wurde von der EU-Kommission und auch vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister, ECOFIN, der bekanntlich von sehr prominenten sozialdemokratisch geführten Staaten dominiert wird, heftigst kritisiert und als zu wenig ambitioniert beurteilt.

Es besteht also ein erheblicher internationaler Druck, meine Damen und Herren, der europäischen Partner auf Österreich, ein Nulldefizit zu erreichen. Das revidierte Programm, das im Dezember 2000 vorgelegt wurde und das für 2002 für den Gesamtstaat, also Bund, Länder und Gemeinden, einen ausgeglichenen Haushalt enthält, wurde hingegen in der Sitzung des ECOFIN im Februar sehr positiv bewertet.

Österreich hätte mit den ursprünglichen Zielsetzungen des letzten Programmes der Neuverschuldung den letzten Platz aller 15 EU-Staaten eingenommen. Der ausgeglichene Haushalt bringt Österreich ins Mittelfeld, also wir sind dort nicht die Musterschüler. Nahezu die Hälfte der EU-Staaten – und das werden Sie auch in Ihrer Unterlage dann im Detail dokumentiert haben – weisen jedoch bereits Überschüsse aus. Wir machen somit keine Fleißaufgaben, wenn wir ein Nulldefizit anstreben, wir machen nur das Notwendigste.

Ein ausgeglichener Haushalt, meine Damen und Herren, ist kein Selbstzweck, sondern notwendig, um die Stabilität, die hohen Lebensstandards, die Lebensqualität, den Wohlstand und vor allem auch unsere hohen sozialen Standards in Österreich abzusichern. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das wird im zukünftigen Euro-Raum noch wichtiger sein. Wir leben auf keiner Insel, wir sind in das Geschehen auf den internationalen Märkten aktiv eingebettet, und ich weise Sie darauf hin, es läuft gerade jetzt auch über die Steiermark, so wie es das in anderen Bundesländern in den letzten Jahren gegeben hat, von meinem Vorgänger als Finanzreferent noch eingeleitet, ein Rating – eine Beurteilung, wo wir, die Steiermark, dann durch eine internationale Rating-Agentur in eine Tabelle eingereiht werden. Das ist auch ein großes Anliegen und ein großes Interesse der Steiermark für Wachstum und Stabilität zu sorgen und den von der Politik so oft zitierten kleinen Mann zu schützen und nicht durch Instabilität, Inflation, hohe Preise zu schädigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher, meine Damen und Herren, haben sich in Österreich auch alle Bundesländer – alle Bundesländer betone ich – unabhängig von ihrer parteipolitischen Führerschaft, von den Mehrheitsverhältnissen bereit erklärt, ihren Beitrag zu leisten. Es ist schlicht falsch, zu behaupten, es würden Überschüsse aus der Steiermark nach Wien geschickt. Von keinem Bundesland und natürlich auch nicht aus der Steiermark fließt ein Schilling oder ein Euro nach Wien. Wenn wir im Budget – wie alle anderen auch – Maastricht-Techniken im Bereich der Immobilien, der Krankenanstalten oder auch der Wohnbauförderung anwenden, heißt das, dass wir in diesen Fällen das Landesvermögen nicht verringern. Ich weiß, dass da oder dort die Komplexität dieser Geschichte Anlass gibt, etwas zu vernebeln, aber es ist wichtig, dass das Landesvermögen dabei nicht verringert wird. Wir geben Darlehen, statt verlorener Zuschüsse, diese sind nach Maastricht-Kriterien nicht abgangswirksam, nicht abgangsschädlich, und so weisen wir im Landesbudget – Sie können sich ja selbst ab heute auch zahlenmäßig das anschauen – einen Überschuss aus. Im ausgelagerten Bereich etwa – in der KAGES bei uns oder in der LIG – ist der gleiche Darlehensbetrag wiederum eine offene Forderung an den Eigentümer Land.

Meine Damen und Herren, insbesondere von der SPÖ, weil ich hier auch Zeitungen lese, es gibt keinen steirischen Kniefall vor Wien, Sigi. Wieso auch? (Beifall bei der ÖVP.) Im Gegenteil, es geht um die Stärkung der Position Österreichs (Abg. Schrittwieser: „Auf Kosten der Steirer!“) und das ist Gott sei Dank – da sollte man sich orientieren – auch einem erfolgreichen sozialdemokratischen Verantwortungsträger und auch Wahlsieger wie dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl sehr, sehr bewusst, der sich in dieser Frage trotz kritischer und da oder dort oppositioneller Haltung gegen die Bundesregierung, gegen die neue Bundesregierung, immer solidarisch und österreichisch verhalten hat.

Der steirische Stabilitätsbeitrag für die Sanierung des Gesamtstaates, das heißt eben zur Erreichung des gesamtstaatlichen Nulldefizits, in der Höhe von 3,3 Milliarden Schilling ist auch Ausdruck jenes neuen steirischen Selbstbewusstseins, das unser Land nicht als Provinz hinter den Bergen sieht, sondern das die Steiermark ganz bewusst als Mitspieler in Europa, als Region im internationalen Zusammenhang, als Partner beim Aufbau einer neuen europäischen Union betrachtet.

Der innerösterreichische Stabilitätspakt wird aber auch nur dann – und das sei auch betont, gerade im Lichte der letzten Diskussionen – sowohl politisch als auch rechtlich – und wir haben hier auch unsere rechtlichen Absicherungen bereits vorgenommen – halten, wenn die Vertreter des Bundes, insbesondere die des Finanzministeriums – ich habe oft das Gefühl, dass hier eher beamtet agiert wird – die Frage der Sanierung des Staates im Bereiche der Verwaltungsreform und auch des budgetären Konsolidierungskurses partnerschaftlich sehen, keine Über- oder Unterordnung vermittelt wird und bei notwendigen Lastenverteilungen nicht nur Kosten verschoben werden, sondern solidarisch alle Ebenen in den notwendigen Wandel miteinbezogen werden.

Erfolgreiche, nachhaltige Sanierungsprogramme – und, meine Damen und Herren, darum handelt es sich gesamtstaatlich – haben in den Zentralen stets die stärksten Veränderungen bei den Overheads insbesondere und nicht im dezentralen Bereich bei den Kunden angesetzt. Das was gestern hier über die steirischen Bezirkshauptmannschaften berichtet wurde, ist ein sehr, sehr positives und erfreuliches Signal, nämlich der Bereitschaft auch und der Möglichkeiten, zu einer kräftigen Verwaltungsreform. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Wir wissen natürlich, dass das auch für die Zentralen in Graz gilt. Aus der Perspektive von Radkersburg ist Graz die Zentrale.

Die Steiermark setzt auf eine Budgetpolitik wohl überlegter Schwerpunkte. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun in den folgenden sechs Schwerpunkten dieser vorliegenden Landeshaushalte 2001 und 2002 erläutern, worum es sich handelt.

Schwerpunkt eins: Zukunftsfonds. Folgende Grundsätze oder Thesen, wie ich sie einleitend hier darlegen durfte, muss man nun zusammendenken. Zum einen, die Politik soll ihre Nase nicht in Dinge stecken, die sie nichts angehen. Zum anderen, die Politik muss gezielt in die Zukunft investieren. Daraus lässt sich Folgendes ableiten: Mit dem Geld, das wir durch den Rückzug aus bestimmten Bereichen erhalten, also durch Privatisierungen und Verkäufe von Vermögensbeständen in Landesbesitz, die wir nicht mehr brauchen – Landes-Hypo, erster Schritt ist schon gesetzt, wie Sie wissen. ESTAG-Anteile, erste Schritte sind schon gesetzt –, gewinnen wir trotz knapper Budgets den Spielraum, um in die Zukunft zu investieren. Privatisierungen könnten natürlich auch als simple Ausrede betrachtet werden, nämlich man verkauft vorhandenes Vermögen, um sich finanzpolitisch über den Tag oder über eine Legislaturperiode zu retten. Das wäre die These vom Verkauf des Familiensilbers. Ich nehme diesen Vorwurf sehr ernst und wir sind auch in der Lage ihn für den steirischen Fall, für unser Vorgehen, klar und eindeutig zu entkräften. Denn wir werden das Geld, das sich bei uns dann in Form von Zinsen darstellt, das wir durch den Abbau der Verschuldung durch die Verkäufe ersparen, in diesen Zukunftsfonds investieren. Das Geld geht nicht, wie in der Vergangenheit, da oder dort in den großen Topf, es verschwindet nicht dort. Es soll vielmehr in zukunftssträchtige Projekte investiert werden, die auf Dauer und langfristig wirken. Projekte, die Optionen öffnen. 125 Millionen Schilling im Jahr werden aus diesen Privatisierungseinsparnissen eigentlich – es ist ja ein Privatisierungseinsparnis – aus dem Budget im gewissen Sinne als Sondervermögen herausgenommen und in Zukunftsprojekte auf nachvollziehbare Weise, kontrolliert durch unabhängige Experten und insbesondere auch durch den Landtag, investiert. 2001 sind es – Sie werden es im Zahlenwerk sehen – 50 Millionen, auf der Basis eben von einer Milliarde Schuldenabbau, 2002 bereits doppelt so viel und 2003 sollen es dann die angepeilten 125 Millionen Schilling oder 9,1 Millionen Euro in dieser Zeit sein. Nachhaltig, jedes Jahr, das ist einmaliger Effekt.

Sämtliche Politikbereiche, aber insbesondere die vier Universitäten im Zuständigkeitsbereich von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, der Forschungsteil des Kollegen Landeshauptmannstellvertreter Leopold Schögggl, die Technologie- und Innovationsprojekte in meinem Wirtschaftsressort, die Kultur- und Kreativvorhaben von Gerhard Hirschmann, innovative Jugendprojekte von Hermann Schützenhöfer und Zukunftsprojekte, wenn Sie wollen, wenn Sie sie einreichen, aus den Ressorts der Kollegen Dörflinger und Flecker werden von dieser, in Österreich bisher einmaligen Einrichtung eines Zukunftsfonds profitieren. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Schwerpunkt zwei: Investitionsprojekte mit Pfiff. Es ist schwierig in der Zeit – gerade bei Investitionsprojekten mit nachhaltiger Nutzung etwa – in den technischen und sozialen Infrastrukturen auf Grund der Mittelknappheit – trotzdem, auch über Wahlperioden hinaus zu schauen und zu investieren. Für Investitionsprojekte mit längerer Nutzungsdauer, das ist ein wichtiges Kriterium, soll es trotz oder gerade wegen dieses Konsolidierungsbedarfes offensiv die erforderlichen Ressourcen geben, um als Mitspieler auch konkurrenzfähig international und national zu bleiben.

Deshalb gehören zu den Schwerpunkten dieses Doppelbudgets auch weitere Projekte, die ebenfalls allen Ressorts zugute kommen sollen: eine Bauoffensive im Rahmen der Landesimmobiliengesellschaft. Das ist kein Ausverkauf, sondern das ist eine Bauoffensive in der Größenordnung von rund einer Milliarde Schilling. Die Projekte sind bekannt, die liegen bereit.

Zweitens eine Landesholding neu, im Bereich von Gerhard Hirschmann, die mit bis zu einer Milliarde Schilling aus eigenen Privatisierungserlösen nach einem sehr ausgeklügelten und sehr verantwortungsvollen Programm eine Größenordnung von rund einer Milliarde Schilling für neue Investitionen bringt.

Und das Pfiff-Programm – im Übrigen eine Kreation meines Hofrates Gerhard Wurm, er hat es nämlich abgekürzt, Pfiff heißt: „Programm zur Förderung von Investitionen mit Fremdfinanzierung“ –, das die Übernahme von Verpflichtungen des Landes zur teilweisen Refundierung von Leasingraten oder Gewährung von Annuitätenzuschüssen für Investitionsdarlehen vorsieht, wobei darauf Bedacht zu nehmen ist, dass eben die ordentlichen Budgets diese Investitionsraten auch abdecken. Und wir haben hier auch ganz konkrete Projekte schon angesprochen, etwa im Krankenanstaltenbereich.

Schwerpunkt drei: Für soziale Ausgewogenheit sorgen.

Meine Damen und Herren, zeitgemäß ist eine Politik der Balance zwischen sozialer Sorge und individueller Freiheit. Niemand in diesem Lande ist ein Vertreter des Turbo- beziehungsweise Casinokapitalismus, niemand will eine Demontage des Sozialstaates. Und sie wird auch – entgegen mancher parteipolitischer Greuelpropaganda – von niemandem betrieben. Der Sozialstaat mitteleuropäischer Prägung vereint die Vorzüge eines Systems, nämlich wirtschaftliche Dynamik fördern und die Garantien auf ein Leben in Sicherheit und Würde auch bereithalten. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Dass andererseits der Sozialstaat gerade auch aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten gewisser Nachjustierungen bedarf – das haben vor allem auch verantwortungsvolle Sozialpolitiker in den letzten Jahren immer wieder herausgestrichen –, einer Aufbesserung da, einer Streichung dort –, steht auf der anderen Seite ebenso auch außer Frage und es ist international und national eine Selbstverständlichkeit, die sich auch in unserem Lande – vielleicht da oder dort in gewissen politischen Nischen noch nicht – schon herumgesprochen hat.

Die neue steirische Finanz- und Budgetpolitik will weder die Qualität noch die Standards im Gesundheitsbereich und auch nicht das hohe soziale Versorgungsniveau in unserem Bundesland gefährden. Aber die Kostenexplosion, meine Damen und Herren, bei den Spitals- und Sozialausgaben ist nun einmal vorhanden, das ist objektiv. Die Spitalsausgaben aus dem Landeshaushalt sind in den letzten zehn Jahren um 170 Prozent, die Sozialausgaben um 264 Prozent gestiegen. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, diese Entwicklungen in den Griff zu bekommen. Wer sich um dieses Problem nicht kümmert, darum herumschwindeln will, gefährdet auf lange Sicht den Bestand des Systems.

Wer einfach Bestehendes fortschreiben will, der bereitet eigentlich die radikale Demontage vor. Im Übrigen dürfen wir auch nicht in provinzialistischer Denkstruktur übersehen, dass es sich bei diesen Problemen und Maßnahmen um solche handelt, die in allen reichen Staaten, Gesellschaften, Industrieländern debattiert werden. Die einschneidendsten Maßnahmen werden im Übrigen in Ländern wie Deutschland und England, bekanntlich unter sozialdemokratischer Führung, gesetzt.

In den nächsten Jahren stehen den Krankenanstalten in der Steiermark aus dem Landeshaushalt – auch hier bitte ein Blick in das Budget selbst zu machen – um 25 Prozent mehr Landesmittel zu als in den vergangenen fünf Jahren. Zusätzlich werden auch die Spitalsprojekte – so ist es mit dem Spitalsreferenten besprochen – der Barmherzigen Brüder in Graz oder auch das Diakonissenkrankenhaus in Schladming mit rund einer Milliarde Schilling realisiert. Pfiffige Programme!

Das Budget sieht auch im Sozialsektor im Jahr 2001 um 5 Prozent mehr Ausgaben vor. Das ist genau der Betrag, den wir auf der Einnahmenseite aus den Ertragsanteilen mehr einnehmen. Mittelfristig ist bis 2005 sogar eine Erhöhung um 60 Prozent vorgesehen.

Politisch oder besser gesagt parteipolitisch, meine Damen und Herren, verstehe ich ja die Haltung und auch die Reaktionen meiner Regierungskollegen zur Linken. Kurt Flecker ist jetzt nicht da, sehe ich nicht, aber Günter Dörflinger und Kurt Flecker, beide sollen, müssen politisch erfolgreich sein – ich kann mich da nicht entscheiden, wem ich da mehr zuneige –, aber offenbar sind sie nicht in der Lage – und das ist das, was dann schon störend ist – das Ziel auch anders zu verfolgen als in einer sehr traditionellen Weise, nämlich mehr Geld zu fordern.

Und das ist nun auch nach 55 Jahren SPÖ-Finanzreferentschaft, wo es erstmalig einen Nicht-SPÖ-Finanzreferenten gibt, nicht möglich. Es ist sicherlich die Gelegenheit, dem alten Spiel parteipolitischer Schuldzuweisungen zu frönen, aber der neue Finanzreferent hat einfach das Geld nicht und es hätte im Übrigen auch der alte nicht gehabt. Wem sollte ich es wegnehmen?

Wer gibt mir etwas zum Umschichten, um für Günter Dörflinger die gewünschten zusätzlichen 500 Millionen für seine KAGES aufzubringen? Woher kann man für Kurt Flecker die nach seinen Angaben zusätzlich notwendigen 600 Millionen Schilling nehmen? In Summe wären für beide Referenten 1,1 Milliarden Schilling notwendig.

Meine Damen und Herren, nur um Ihnen auch zu zeigen, worum es dann wirklich geht, um diese 1,1 Milliarden Schilling im heurigen Jahr und auch für das Jahr 2002 zu lukrieren, müssten wir die Agrarförderung des Erich Pörtl, die Tourismusförderung von Gerhard Hirschmann, die gesamten Wirtschafts-, Technologie- und Innovationsförderungsbereiche in meinem Ressort auf null stellen. Das ist nicht möglich. Flecker und Dörflinger

hätten dann nicht die 9 Milliarden, die sie jährlich haben, sondern eben 10,1 Milliarden, eben diese 1,1 Milliarden Schilling mehr, wir drei hätten keinen Spielraum beziehungsweise überhaupt keine Mittel zur Verfügung.

In den Landesbudgets 2001 und 2002 gibt es, zusammengefasst gesagt, in Wahrheit eine Aufrüstung und keinen Abbau des Wohlfahrtsstaates. Deswegen geben wir – ich sagte schon die Zahlen auch, aber sie seien nochmals unterstrichen – jeweils, 2001 und 2002, rund 9 Milliarden Schilling, das sind 618 Millionen Euro für Gesundheit und Soziales aus und setzen damit einen eindeutigen Budgetschwerpunkt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Schwerpunkt vier: Den intellektuellen Rohstoff der hellen Köpfe für die Steiermark auch in Zukunft sichern. Auch in einer Bildungsgesellschaft, einer Wissensgesellschaft, einer Kommunikationsgesellschaft wird es weiterhin die alten Produktionsfaktoren für die Wirtschaft geben, nämlich Kapital, Arbeit, natürliche und organisatorische Ressourcen.

Aber ein neuer Produktionsfaktor gewinnt zunehmend an Bedeutung und er durchdringt auch die alten Strukturen. Es handelt sich um die Ressourcen Wissen und Qualifikation. Das ist eines der wesentlichsten Argumente, nämlich auch für die individuelle Karriere und Wettbewerbsmöglichkeit. Wir in der Steiermark streben damit die besten Voraussetzungen an, weil wir gescheite und kompetente Mitarbeiter anzubieten haben. Wir haben leistungsfähige kooperative Forschungsstätten und wir haben die nötigen Ressourcen, um auch Cluster, Stärkefelder zu bilden. Die Steiermark ist die Region der hellen Köpfe in Europa. Bekanntlich, und es ist immer wieder auch in einem Standortmarketing dargestellt worden, Platz 29 im europäischen Ranking von 243 erfassten Regionen. Eine Politik der Qualifikation auf allen Ebenen ist deshalb die Zukunftsinvestition schlechthin. Sie schlägt sich auch im Budget nieder. Qualifizierung beginnt bei den Schulen, um die sich Hermann Schützenhöfer mit sehr viel Reformeifer auch annimmt, setzt sich fort in den Berufsschulen, Lehrlingsausbildung, akademische Bereiche, berufsbegleitende Bereiche. Dieses lebensbegleitende Lernen ist durchaus ein steirisches Thema.

Der Fachhochschulträger des Landes Steiermark, die Technikum Joanneum GesmbH., baut weiter aus, ergänzt durch berufsbegleitende Fachhochschulstudiengänge des WIFI. Hier hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Professor Schachner in der Vergangenheit besonders verdient gemacht. Joanneum Research, eine Forschungseinrichtung des Landes stößt gezielt in Zukunftsnischen des High-Tech-Sektors. Wir setzen allein im Wirtschaftsressort in diesen beiden Budgetjahren rund eine Milliarde Schilling – man kann durchaus auch von einer Berufsschulmilliarde zusammen auch mit den Modernisierungsvorhaben im Berufsschulbereich reden – ein. Wissenschaft, Forschung und Qualifikation finden in der Steiermark ein einzigartiges Netzwerk. (Beifall bei der ÖVP.)

Und es ist sicherlich auch ein sehr kraftvolles und eindeutiges positives Zeichen der besonderen Schwerpunktsetzung, dass die Regierungschefin selbst, Frau Waltraud Klasnic mit den Universitätskompetenzen, auch die Koordinierung dieses, für die Entwicklung unseres Landes so wichtigen Bereiches übernommen hat.

Schwerpunkt fünf, von sechs insgesamt: Für Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen eintreten. Meine Damen und Herren, was nicht eine Politik der Nachhaltigkeit ist – und das könnte sich in dem Fall, wird sich auch höchstwahrscheinlich um ein Zitat von Erich Pörtl handeln, und zwar im umfassenden Sinne –, kann keine Zukunftspolitik sein. Es ist schon die Vermutung geäußert worden, dass der Mensch die größte Naturkatastrophe dieses Planeten sei und er tut alles, um diese Aussage auch zu rechtfertigen. Der neue US-Präsident George W. Bush hat kürzlich leider ein fatales Signal in diese Richtung gesetzt!

Ökologische Nachhaltigkeit reicht in viele Bereiche. Das Verständnis für eine Landwirtschaftspolitik wächst, die uns vor BSE und anderen Katastrophen bewahrt, ebenso für eine Verkehrspolitik, die eine Balance herstellt zwischen individuellen Mobilitätswünschen, wirtschaftlichen Infrastrukturerfordernissen und der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass in Europa auf Grund der ganzen Sicherheitsproblematik im Individualverkehr täglich so viele Menschen sterben, wie es ein Jumboabsturz mit sich bringen würde. Also es stürzt tatsächlich täglich, jetzt im übertragenen Sinne, auf Grund der Verkehrssicherheitsproblematik ein Jumbo in Europa ab. Nur eine Politik der Nachhaltigkeit lässt die Steiermark so attraktiv nur dann auch weiterentwickeln, wenn wir in der Lage sind, jene touristischen Potentiale auszuschöpfen, die sich neuerdings nicht nur in den nördlichen Wintersportbereichen, sondern auch im südöstlichen Wellness-Tourismus und in diesem Bereich der Regionalentwicklung so erfreulich und eindrucksvoll entfalten.

Im Landesbudget 2001 und 2002 sind für den Bereich des Umweltschutzes in dieser Schwerpunktbildung, darunter auch für Klimaschutz, Natur- und Gewässerschutzmaßnahmen, jeweils rund 500 Millionen Schilling im Ressort von Erich Pörtl vorgesehen. Es ist daher nicht vermessen, auch in diesem für die Lebensumwelt der Steirerinnen und Steirer wichtigen Aufgabenbereich des Landes von einer „Umweltschutzmilliarde“, die auch die ganze Kyoto-Diskussion als Beitrag mit einbezieht, zu sprechen.

Für die Entwicklung des Tourismus und Freizeitbereiches – und ich sagte es schon – im Bereich der Investitionsprojekte werden auch die Privatisierungserlöse von Landesbeteiligungen im Thermen- und Schiliftbereich nahezu eine Milliarde Schilling bringen. Damit wird die Steiermark unter der Führung und auch im Stil eines klassischen Center-Stürmers, obwohl gestern sein Verein aus dem Cup ausgeschieden ist, aber man kann nicht immer gewinnen, immer im Strafraum des Centerstürmers Gerhard Hirschmann einen weiteren Schritt in Richtung Tourismusland Nummer eins in Österreich setzen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Der sechste und letzte Schwerpunkt, es soll nicht der letzte im Sinne einer Wertung sein, bedeutet, kulturelle Dimensionen erweitern.

Von den neuen Ressourcen Bildung und Qualifikation war schon kurz in den letzten Schwerpunkten die Rede. Das Kulturleben bietet einen Rohstoff ganz besonderer Art: Denkstoff, Reflexionsstoff, Identitätsstoff.

Der Mensch lebt nicht nur von Brot allein, sondern muss sich auch in Bezug auf alle Dimensionen des kulturellen Lebens entwickeln, von den Musikschulen, Museen, Theater, Architektur, Jazzszene, Galerien, Volkskultur, Hochkultur, Avantgarde.

Wussten Sie, meine Damen und Herren, dass die renommierte „New York Times“ in den letzten Jahren neben Sturm Graz – und das sei immer wieder betont – als erfolgreiche Fußball-Championsleague-Fighter – und dem Autocluster als wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Erfolgsmodell, den „steirischen herbst“ als einzigen Markennamen für die Steiermark am öftesten berichts- und kommentarmäßig verarbeitet hat?

Das Land Steiermark hat einen kulturellen Ruf zu verteidigen und Graz als Kulturhauptstadt 2003 wird sich im europäischen Wettbewerb attraktiver Städte bewähren müssen.

Die Landeshaushalte der beiden Jahre 2001 und 2002 sehen daher für das Veranstaltungsbudget 250 Millionen Schilling vor, um Graz bei dem besonderen Aufwand für diese Präsentationschance zu unterstützen. Das Jahr 2003, meine Damen und Herren, ist aber ein Impuls für uns selbst, sogar für die Realisierung von wichtigen Projekten, die zum Teil seit geraumer Zeit der Verwirklichung harren mussten, Stichwort Kunsthaus, Stadthalle, Pfauengarten und Ähnliches.

So gesehen ist das vom neuen Kulturreferenten Gerhard Hirschmann schwungvoll und erfolgreich geführte Ressort keine Nebensache, sondern muss erweitert als gesamtgesellschaftliches Anliegen gesehen werden. Und die Bitte geht auch in Richtung aller Referenten und insbesondere auch des Hohen Hauses. Kulturpolitik hat einen der größten Einflüsse auf die Entwicklungschance einer Region. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zu meinem Resümee. Das Budget 2001/2002 ist ein politisches Programm. Die von der Steiermärkischen Landesregierung am 20. März 2001 beschlossenen und Ihnen heute vorliegenden Landesvoranschläge sind unter nicht ganz einfachen Rahmenbedingungen erstellt worden. Die Wirtschaftsprognosen wurden und werden gegenwärtig zwar nach unten revidiert, wir befinden uns jedoch in keiner wirtschaftlichen Stagnation. Wenn das WIFO für heuer und das nächste Jahr mit einer realen Wachstumsrate von jeweils rund 2 Prozent rechnet, dann entspricht das etwa dem Durchschnitt der neunziger Jahre. Beim nominellen Wachstum, das für das Budget maßgeblich ist, ist das Bild noch etwas besser.

Dennoch ist Vorsicht geboten. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich nach wie vor günstig, die Beschäftigungssituation steigt, die Wirtschaftsforscher rechnen mit rund 3,1 Millionen unselbständig Beschäftigten, ein europäischer Spitzenwert im Übrigen.

Das Institut für Technologie und Regionalpolitik hier in Graz im Joanneum Research prognostiziert für die Steiermark einen überdurchschnittlichen Entwicklungspfad. Das heißt, die steirische Wirtschaft und auch der steirische Arbeitsmarkt werden sich günstiger als Österreich insgesamt entwickeln und damit wird auch unser Aufholprozess fortgesetzt.

Das heißt, dass wir uns durch die zahlreichen Untergangspropheten, die das eine oder andere Wehwehchen einer reichen Gesellschaft als Indiz für den endgültigen Untergang ansehen, nicht irritieren lassen dürfen. In Österreich haben solche Raunzereien immer wieder besondere Ausprägung gehabt und im politischen Leben sind sie auch noch strategisch motiviert. Damit müssen wir leben. Der Lebensstandard und die Lebensqualität der Menschen in unserem Lande sprechen eine andere Sprache und die Menschen selbst verstehen diese Sprache sehr wohl, weil sie ihren Wohlstand ja auch selbst erleben.

Man kann sich auf Krankjammern beschränken, man kann aber auch zum Nutzen aller die Ärmel aufkrepeln. Dies ist in einer Schwellenzeit, in einem Zeitbruch, in einer Ära der neuen Politik besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag, krepeln auch Sie – das ist auch meine persönliche Bitte – die Ärmel auf, seien auch Sie davon überzeugt, dass da eine Aufbruchsstimmung in den nächsten Jahren durchaus gerechtfertigt ist. Sie sollten das nicht mit Euphorie tun und auch nicht an ein Schlaraffenland glauben, aber trotzdem sind wir überzeugt, dass, wenn wir uns gemeinsam anstrengen, wir auch Erfolg haben können. Gerade wir in der Steiermark sollen uns auf die Einleitungsausführungen des von mir schon zu Beginn zitierten Arbeitsprogrammes der Regierung Waltraud Klasnic besinnen. Ich zitiere: „Die Steiermark hat sich in den letzten Jahren von der Krisenregion zur Hightech- und Zukunftsregion Süd-Ost entwickelt. Dieser erfolgreiche Weg ist in Zusammenhang mit allen gestaltenden Kräften unseres Landes fortzuführen und die Profilierung der Steiermark als Drehscheibe und Zukunftsregion Süd-Ost zu vertiefen.“ Zitatende. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Mein abschließender Dank, meine Damen und Herren, gilt neben allen Mitgliedern der Landesregierung, insbesondere Frau Landeshauptmann, die mir in jeder Entwicklungsphase der Budgeterstellung auch ein fester persönlicher Rückhalt war und vor allem auch den Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 10, besonders Hofrat Gerhard Wurm, dem Leiter der Budgetgruppe Karl Soritz, der Landesbuchhaltung mit dem Hofrat Kapl an der Spitze, die neu in mein Ressort hinzugekommen sind, sowie meiner bewährten Bürocrew rund um Karlheinz Kohrgruber für die geleistete Arbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Mein Team hat Ihnen, meine Damen und Herren, insbesondere verehrte Abgeordnete, auch eine Arbeitsmappe vorbereitet, die Sie anschließend verteilt bekommen, die Ihnen eine sowohl detaillierte als auch überblicksmäßige Aufbereitung des Budgetthemas, das zugegebenermaßen da oder dort trocken ist, bestmöglich erlaubt. Nützen Sie – ich bitte Sie darum – in den nächsten zehn Tagen auch unser Angebot – mag durchaus unkonventionell sein – eines offenen, kritischen, aber sachlichen Dialoges im Interesse des Landes. Wir stehen Ihnen persönlich zur Verfügung.

Schaffen auch Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, mit Ihrer Zustimmung zu den vorgelegten Budgets, die für die Jahre 2001 und 2002 ein optimistisches politisches Programm sind, ein kräftiges Lebenszeichen des Parlamentarismus und der Lebensfähigkeit des steirischen Landtages. Danke. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.58 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten für seine Darlegung zu den Landesvoranschlägen 2001 und 2002. Ich habe vier Wortmeldungen vorgemerkt. Als Erster hat sich Herr Klubobmannstellvertreter Abgeordneter Gennaro zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (10.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bei der Rede des Herrn Landesrates Paierl sind mir drei Dinge aufgefallen. Das Erste: Als er von der Absicherung des Sozialsystems gesprochen hat, haben die Pensionisten fluchtartig den Zuhörsaal verlassen – aber vielleicht war das nur ein Zufall. Das Zweite, was mir aufgefallen ist, ist, dass der Umschlag der Unterlagen zum Budget einen leichten Blaustich mit schwarzem Einband haben. Das Dritte, was mir noch aufgefallen ist, war, dass eigentlich die FPÖ nicht geklatscht hat, außer dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Meine Damen und Herren, ich darf das jetzt begründen: Wir erleben heute wirklich eine Premiere, nämlich dass uns ein blauer Landesrat mit ÖVP-Parteibuch als Finanzreferent zwei Budgets vorlegt. Mit dem Deal, dass er ein blauer Landesrat wird, war es der ÖVP schließlich möglich, einem freiheitlichen Landesrat den zweiten ÖVP-Landeshauptmannstellvertreterposten zukommen zu lassen und sich damit gleichzeitig die Zustimmung zum Budget seitens der FPÖ zu erkaufen, weil in den Vorjahren hat die FPÖ nie mitgestimmt. Meine Damen und Herren. Jahr für Jahr werden auf europäischer Ebene Ranglisten der Budgetsalden der EU-Mitgliedsstaaten erstellt. Das heißt, gute Wirtschaftspolitik wird demnach beurteilt, wie die Budgetüberschüsse sich ergeben. Jene Staaten, die Budgetdefizite aufweisen, werden an den Pranger gestellt. Beurteilt werden nicht der Verwendungszweck der Staatseinnahmen, nicht der soziale Standard, nicht die Umweltpolitik, nicht die Lebensqualität in den einzelnen Ländern, beurteilt werden einzig und allein die Budgetdaten. Im Klartext heißt das: Wichtig ist schwarz-blau die Verpackung, die Kennzahl, aber nicht der Inhalt. Diese österreichische Finanzpolitik ist vom Virus dieser vereinfachenden, konzeptlosen und ideologisch bedingten Betrachtungsweise befallen worden.

Die Devise der schwarz-blauen Bundesregierung „Nulldefizit und Schluss mit dem Schuldenmachen“ wird auch von Landesebene von ÖVP und FPÖ unterstützt beziehungsweise direkt übernommen. Damit, Herr Landesrat Paierl, unterstützen Sie diese volkswirtschaftlich unsinnige Zielsetzung nach vollen Kräften und machen sich eigentlich zum Handlanger Ihres blauen Finanzministerfreundes Grasser. Dieses Nulldefizit, meine Damen und Herren, wird nicht von Brüssel, auch wenn sich ÖVP und FPÖ immer darauf hinausreden wollen, verlangt. Im Gegenteil: Es ist eine hausgemachte Angelegenheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Sparen ja, dagegen ist niemand. Nur das Wie und das Wo ist die entscheidende Frage. Finanzlandesrat Ressel hat diesen Weg in den vergangenen Budgets bereits eingeleitet und hat auf soziale Art und Weise diesen Weg bestritten. Das wurde auch vom Budgetexperten des WIFO, Herrn Prof. Lehner, bereits bestätigt. Das Nulldefizit ist deshalb unsinnig, weil eine Sparpolitik, so wie sie derzeit betrieben wird, den künftigen Generationen, Herr Landesrat, nicht nützt, sondern nur schadet. Schwarz-blau geht es nur um die Zahlenkosmetik. Uns geht es um das Wohl der Menschen und die Zukunft der Steiermark, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit Ihren eingangs rhetorischen Tricks, Herr Landesrat, hat man schon im alten Rom damit operiert. Wenn Bund und Land zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investieren, dann schaden Sie über kurz oder lang dem Wirtschaftsstandort Steiermark. Der Wegfall des Sonderinvestitionsprogrammes auf Landesebene, damit verbunden Einschränkungen im Straßenbau, im öffentlichen Verkehr und bei der Arbeitsmarktpolitik sind kontraproduktiv. Die für die Steiermark wichtige Schienentrasse über den Pyhrnpass Richtung Nordwest sowie der zweigleisige Anschluss im Süden fallen der Sparwut von ÖVP und FPÖ zum Opfer. Mit dem projektierten Verkauf des Flughafens Graz-Thalerhof, Herr Landesrat, wird dem Land eine wesentliche Einflussmöglichkeit für eine ganz gezielte Infrastrukturpolitik für den Wirtschaftsraum Graz genommen. ÖVP-Landesrat Hirschmann wirft dieses Geld lieber, wie wir der Kronenzeitung entnehmen können, Bernie Ecclestone in den Rachen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich biete Ihnen gerne ein Privatissimum an!“) Sie haben von der EU-Osterweiterung gesprochen, Herr Landesrat. Es ist richtig. Die EU-Osterweiterung wird uns von der geografischen Randlage befreien. Verkehrspolitik werden wir jedoch weiter ins Abseits rutschen, wenn die derzeitige schwarz-blaue Finanzpolitik weitergeführt wird. Das ist Sparen am falschen Platz. Es ist den nachfolgenden Generationen gegenüber unverantwortlich, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Umso tragischer, dass diese Politik von der steirischen ÖVP und der steirischen FPÖ voll mitgetragen wird. Meine Damen und Herren! Das politische Versagen der Frau Landeshauptmann ist evident. Und ihre Strategie, und da könnt ihr wirklich aufjaulen, von diesem Versagen dadurch abzulenken, dass sie jetzt – sehr, sehr spät – gegen den Stabilitätspakt medienwirksam Sturm läuft, weil sie unter den öffentlichen Druck einiger ÖVP-Landeshauptleute gekommen ist, ist ein Musterbeispiel an Doppelzüngigkeit. Die 3,5 Milliarden Schilling zur Erreichung des unsinnigen Zieles Nulldefizit seitens des Bundes – auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger – entziehen Sie unserem Land. Sie nehmen es unseren Menschen und unserer Wirtschaft weg, Herr Landesrat Paierl. Weil Sie gesagt haben, wo Sie das Geld hernehmen sollen, so sage ich Ihnen Folgendes: Bei diesen 3,5 Milliarden Schilling könnten Sie sich das eine oder andere holen. Gott sei Dank befinden wir uns als Sozialdemokraten in guter Gesellschaft, weil, wie ich lesen konnte, auch der Tiroler Landeshauptmann Weingartner, soviel ich weiß, ist das ein ÖVP-Landeshauptmann, schon eins zu eins die Argumente der SPÖ übernimmt. Meine Damen und Herren,

da können wir nicht so falsch liegen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Herr Kollege ...!“) Sie können sich dann nochmals zu Wort melden. Meine Redezeit ist beschränkt, Sie können unendlich lang reden. Ich bin sehr glücklich darüber, dass auch Klubobmann Lopatka einen kleinen „Rülpser“ in der Öffentlichkeit gemacht hat, indem er gemeint hat (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr sachlich!“): „So kann es nicht gehen!“ Er wird auch bezüglich Stabilitätspakt sich noch einbringen. (Abg. Dr. Lopatka: „Sehr sachlich!“) Wir werden ja sehen, meine Damen und Herren, wie erfolgreich Herr Landesrat Paierl und Frau Landeshauptmann sein werden bei den angedrohten Sanktionen, Stichwort Strafzahlungen an den Bund beziehungsweise Stabilitätspakt ja oder nein. Herr Landesrat, Sie haben gesagt, keinen Kniefall vor Wien. Einen Bauchfleck vor Wien haben Sie gemacht, wenn ich mir das anschau, was im jetzigen neuen Stabilitätspakt drinnensteht. Dort sind die Sanktionen so schön drinnen, worüber sich jeder von euch aufregt. Aber das ist bereits gegessene Sache. Sie haben einen Bauchfleck und keinen Kniefall gemacht. Die schwarz-blaue Regierung in Wien und Sie, Herr Landesrat, als Vollzugsgehilfe in der Steiermark sparen und kürzen, koste es, was es wolle. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wer hat denn das geschrieben?“) Der Osterhase. (Allgemeine Heiterkeit bei der ÖVP. – Beifall bei der SPÖ.) Wichtig ist Ihnen lediglich der vom Bund diktierte Zwangsüberschuss im Rahmen der Verpackung „Nulldefizit“. (Abg. Dr. Lopatka: „Brauchst du dazu einen Osterhasen?“) Mir schreibt das der Osterhase, Sie haben die Beamten. Das ist der Unterschied. Ich muss das vom Osterhasen schreiben lassen. Ich weiß schon, dass euch das ein bisschen aufregt. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum?“) Ich wiederhole mich jetzt, wie dieses Nulldefizit erreicht wird, kümmert aber die Verantwortlichen wenig. Agiert wird unter dem Motto: „Operation gelungen, Patient tot!“ (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Glaubst du an den Osterhasen?“) Für dich wäre es gut, wenn du an den Osterhasen glauben würdest.

Schwarz-blau, meine Damen und Herren, nimmt damit den Steirerinnen und Steirern 3.500 Millionen Schilling weg. Das sind täglich 10 Millionen Schilling, die wir für die Interessen unserer Bevölkerung brauchen würden, meine Damen und Herren. Auch wenn Sie in der Öffentlichkeit noch so oft unsere Aussagen, Herr Landesrat, und weil Sie vorher das als „Schwachsinn“ bezeichnet haben, so können Sie nicht darüber hinwegsehen, die Wahrheit ist es trotzdem. (Beifall bei der SPÖ.)

Und sehr bezeichnend ist es auch, dass Ihr Beitrag zu dem selbst gesteckten Budgetziel, das von niemandem verlangt wird, und schon gar nicht von der EU, die von Ihnen immer zum Feindbild gemacht wird (früher war es bekanntlich die rot-schwarze Bundesregierung und jetzt ist es die EU, weil jetzt sitzt ihr selbst in der Bundesregierung), mit höchst fragwürdigen Methoden und Tricks anvisiert wird. „Mogelpackung“ – und das behaupte ich – ist dafür noch der sanfteste Ausdruck für dieses Budget. (Abg. Dr. Lopatka: „Hast du das auswendig gelernt?“) Das werden Sie noch öfters hören. Ich zitiere, meine Damen und Herren – und Lopatka, jetzt pass gut auf (Abg. Dr. Lopatka: „Ich pass immer auf!“), jetzt kannst du mitschreiben – ich zitiere den ÖVP-Staatssekretär Finz, der bereits in einem Interview in den „Vorarlberger Nachrichten“ bestätigt, dass einige Budgetmaßnahmen nicht maastrichtkonform sind. Finz wörtlich: „Bund und Länder müssen in Anbetracht der angewandten Budgettricks zittern, ob das statistische Zentralamt der EU dieses alles schlucken wird. Konsequenzen daraus wären, wenn das nicht eintritt, dass ein neues Sparpaket geschnürt werden müsste bei einer Steuer- und Abgabenquote, die ohnehin schon Rekordniveau erreicht hat“ – ÖVP-Staatssekretär Finz. Und, meine Damen und Herren, was Sie, Herr Landesrat, jetzt betreiben, könnte man – in der Wirtschaft wird es so bezeichnet – eigentlich oft als fahrlässig bezeichnen. Ein Land, das zu wenig investiert, auch wenn dazu Schulden gemacht werden müssen, tut zu wenig für seine Nachkommen. Und wenn ich von Schulden spreche, so meine ich nicht das Verprassen von Steuergeldern, so meine ich Investieren in die Zukunft, Schaffen von Werten. Und Sie, Herr Landesrat, als Vertreter der Wirtschaft müssen mir einen Betrieb zeigen, der sein Geld so lange zusammenspart, bis er Investitionen machen kann, oder einen Häuslbauer, der so lange spart, bis er sich das Haus kaufen kann. Der muss Schulden machen, weil er dafür Werte schafft. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Konsum!“) Und wenn in der Geschichte seit 1945 die Steiermark, Österreich, so gehandelt hätte, wie Sie das heute uns einreden wollen, gäbe es dieses Land in der Schönheit, wie es sich präsentiert, nicht.

Meine Damen und Herren, bevor ich noch in aller Kürze zu ein paar Fakten komme, möchte ich Ihnen, Herr Landesrat – (Abg. Dr. Lopatka: „Es wird aber Zeit, dass du zu Fakten kommst! Hast lange gebraucht, du Osterhase!“) Lopatka, dir wird das Lachen noch vergehen – möchte ich Ihnen heute schon einen Spiegel überreichen, meine Damen und Herren, einen Spiegel, damit Sie in den nächsten Tagen bei den Budgetreden hineinschauen können, weil wenn Sie von Schwachsinn reden, ob Sie mit Ihrer Meinung überhaupt noch täglich in den Spiegel schauen können. Bitte, Herr Landesrat! (Übergabe eines Spiegels an Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. – Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, fahrlässig ist, wenn die Zuschüsse an die KAGES massiv gekürzt werden, der Fehlbetrag dann in Form von Kreditaufnahmen, verbunden mit hohen Zinsen, kompensiert werden muss. (Abg. Dr. Lopatka: „Falsch!“) Sie selbst, Herr Landesrat, haben bereits öffentlich zugegeben, dass Sie nicht wissen, wie die Spitalsfinanzierung 2003 und 2004 weitergehen soll. Investitionen können nicht mehr getätigt werden mit Ihrer Vorgangsweise, Stopp des medizinischen Fortschrittes, man kann nur gratulieren. Ich hoffe, Sie bleiben immer gesund. Grob fahrlässig ist auch das Verschern des Familiensilbers, des Volkseigentums der Steirerinnen und Steirer. Und sogar Sie, Herr Landesrat, müssten wissen, dass derartige Verkäufe nur einmal möglich sind und dann hat man nichts mehr. Grob fahrlässig ist auch die Auslagerung – wie Sie es bereits heute schon zitiert haben – der Landesimmobiliengesellschaft und die Umstellung der Wohnbauförderung. Tausende Familien, meine Damen und Herren, wird das negativ treffen und damit wird für sie das Wohnen teurer. Und ich glaube, die Steirerinnen und Steirer haben wohl endgültig dann jegliches Vertrauen in Sie verloren, was ich hoffe. Die Mieter und die sozial Schwachen werden Ihre Budgettricks büßen müssen. „Maastrichtkonforme Defizitverringern“ nennen es manche Experten, „Mogelpackungen und Tricks“ nenne ich es. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber sogar diese Experten, meine Damen und Herren, diese Experten bestätigen, dass diese „Kunstgriffe und Drehs“ nicht halten werden. Und Sie selbst geben in einem Regierungssitzungsantrag zur Neustrukturierung des Landes-Immobilienmanagements vom 26. März bereits zu, dass die Landesimmobiliengesellschaft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht funktionieren wird. Es fehlt bereits jetzt eine Milliarde Schilling. Bezieht man die Prognosen des WIFO mit ein, dann sieht man, wie Sie versuchen, das Ziel „Nulldefizit“ zu erreichen. Sie dürften die neueste Statistik noch nicht gelesen haben, was von Amerika auf uns zukommt in der Frage Beschäftigtenpolitik, eine Talfahrt. Wenn die Österreich streift, schaut es für uns nicht gut aus. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Der Gennaro freut sich!“) Herr Landesrat, nein, ich freue mich nicht. Ich bin sicher mehr betroffen als Sie. Weil Sie können nur in der Zeitung schöne Worte schreiben. Aber ich muss mich vor Ort in den Betrieben hinstellen und das vertreten, was Sie nicht tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Landesrat, Sie tun nichts anderes, als mit finanztechnischen Tricks unser Land mit Schulden in Zukunft zu belasten, siehe Spitäler. Sie tun es – und das stört mich so – im Wissen und im vollen Bewusstsein, dass es den nachkommenden Generationen nicht helfen wird, sondern es sie treffen wird. Das ist für mich das wahre Belastende. Daher bitte in den Spiegel schauen, vielleicht mehrmals täglich. Mit dieser Mogelpackung, Herr Landesrat, tun Sie der Steiermark nichts Gutes. Es zeigt nur, welche kurzsichtige und unverantwortliche Politik Sie als Erfüllungsgehilfe des Finanzministers als Finanzlandesrat verfolgen. Sparen beim Bürger, und wenn man da durchblättert, kann man schon versteckte Körpergelder für Ihre Freunde in der Regierung sehen. Ihre Tricks gehen zu Lasten unserer Kinder und deren Zukunft. Diese werden teuer bezahlen müssen, was Sie heute anrichten. Auch Ihr Budget für 2002 entspricht nicht der Realität. Und ich hätte mir vielleicht eines gewünscht, nicht dass man es nicht nachrechnen kann, aber es wäre eine Zeitersparnis gewesen, wenn Sie den Auftrag gegeben hätten als Serviceleistung, dass man das Budget von 2001 gleich in Euro/Klammer umwandelt, dass man eine leichtere Vergleichsmöglichkeit hat. Jeder kleine Greißler muss das tun, aber bei uns ist das nicht möglich. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich schenke dir einen Taschenrechner aus unserer Wahlwerbung!“) Den Taschenrechner kenne ich schon, aber es ist ein Zeitaufwand. Du brauchst es selber nicht machen, weil für dich machen es wahrscheinlich Angestellte. Wir machen das selber. Und wenn Sie da, Herr Landesrat, auch dieses Budget vorlegen und wissen – und der Herr Staatssekretär Finz hat das auch bereits bestätigt, ÖVP-Staatssekretär –, dass für 2002 der Bund weitere 10 Milliarden Schilling einsparen muss und die Länder wieder zusätzlich 3,5 Milliarden Schilling übernehmen müssen, dann heißt das für die Steiermark weitere 500 Millionen. Ja, Herr Landesrat, wie viel wollen Sie der Steiermark noch wegnehmen? Sie, Herr Landesrat, haben bereits Sand im Getriebe. Ihre ersten blauen Landesbudgets stecken im Treibsand. Passen Sie auf, dass Sie nicht alleine dastehen und versinken. Aber Sie haben ja früher gesagt, Sie haben ein Budget mit „Pfiff“ eingebracht. Bevor Sie versinken, probieren Sie halt zu pfeifen, das ist ja dann eh klar. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, einer derart destruktiven Politik, einer derartig belastenden Politik für die Menschen, einer derart ideenlosen und polarisierenden Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie auf Bundesebene und jetzt auch leider auf Landesebene betrieben wird, kann man nur eine klare Absage erteilen. Diese „getürkten“ Mogelbudgets werden in vielen Bereichen – und das kann man dann nachlesen – zu einem Chaos führen. Einem Chaos, das letztendlich wieder die Steirerinnen und Steirer auszutragen haben. Wir als steirische Sozialdemokraten fühlen uns den Steirerinnen und Steirern und den nachkommenden Generationen verpflichtet. Wir werden daher diese Budgets, meine Damen und Herren, mit Sicherheit nicht mittragen. Im Gegenteil – wir möchten im Gegensatz zu Ihnen noch mit reinem Gewissen in diesen Spiegel schauen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Reinhold Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (11.16 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute vor einer Stunde zwanzig, wurde das Budget eingebracht. Erst nächste Woche wird es im zuständigen Ausschuss besprochen werden und daher wollten drei der vier Klubobleute hier im Hohen Haus eigentlich heute noch keine Debatte. Aus guten Gründen – weil wie soll zum Beispiel die Kollegin Klubobfrau Lechner-Sonnek, wie sie richtigerweise heute gesagt hat, zum Budget Stellung nehmen, dass sie erst vor wenigen Minuten erhalten hat. Und ich könnte mir es auch sehr einfach machen und sagen (Abg. Gennaro: „Dann hättet ihr es genauso geben müssen, wie ihr es von uns bekommen habt!“), der Kollege Gennaro weiß nicht, wie der Hase läuft. Aber so einfach will ich es mir nicht machen. Wenn schon die SPÖ eine Debatte verlangt –, und Klubobmann Schrittwieser hat diese Debatte verlangt – dann soll sie auch auf das, was sie gesagt hat, denn das Budget wollen wir erst in zehn Tagen diskutieren, auf das, was hier gesagt worden ist, doch auch entsprechende Antworten bekommen. Mag sein, dass dann Kollege Gennaro, den ich ja seit 1986 kenne, er war ja mein Sitznachbar, es hat leider nicht viel bewirkt, Kollege Gennaro, was Manieren betrifft. (Unruhe bei der SPÖ.) Regt auch nicht so auf, was Manieren betrifft und den Umgangston habe ich gemeint. (Abg. Schrittwieser: „Die laufenden Pannen des neuen Klubobmannes!“) Ich würde nicht von Rülpsen sprechen und von ähnlichen Aussagen Gebrauch machen, die bei euch typisch sind. (Abg. Schrittwieser: „Reinhold ...!“) Kollege Schrittwieser, du hast ohnehin schon angedroht, dich noch zu Wort zu melden. Setze es dann um. Für mich gilt auch das, was für Kollegen Gennaro gilt, dass nämlich die Uhr läuft. Daher sage ich eines hier sehr deutlich. (Abg. Schrittwieser: „Eines sage ich dir, er geht einen aufrichtigen Gang, den du nicht gehst!“) Wenn ihr mich nicht immer unterbrechen würdet, käme ich umso schneller zur Sache. (Abg. Schrittwieser: „Wir haben Zeit!“) Erstens, Kollege Gennaro: Das Unverantwortlichste für die nächste Generation, die ihr so angesprochen habt, und es freut mich, dass die Sozial-

demokratie auch die Kinder und die nächste Generation entdeckt hat, ist es, Schulden zu machen und die Schuldenpolitik fortzusetzen, die ihre Finanzminister 30 Jahre betrieben haben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Es gibt nichts Unverantwortlicheres, als seinen Kindern Schulden zu hinterlassen. Ich hoffe, dass ich meinen Kindern keine Schulden hinterlasse, sondern eine Erbschaft, über die sie sich freuen können. Und das hofft wohl jeder Familienvater, der Kinder hat und der weiß, wovon er spricht. Zweitens: Es waren nicht schwarz-blaue Männer in irgendwelchen Hinterhöfen oder Hinterzimmern, die diese Maastricht-Kriterien festgelegt haben, sondern es waren zwölf Sozialdemokraten oder Sozialisten als Regierungschefs mit drei Konservativen, die diese Richtlinien europaweit festgelegt haben. Merken Sie sich das. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn es einen Sozialdemokraten im Land gibt, der sich in der letzten Zeit über Wahlergebnisse freuen konnte, und da stimmen wir – so glaube ich – überein, so war es Michael Häupl. Wissen Sie, was der zu den Sparmaßnahmen gesagt hat? Ich zitiere ihn wortwörtlich:

„Wir bekennen uns zu den eingegangenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere auf Grund des EU-Beitritts. Da gibt es kein Herumreden. Das ist Verantwortung wahrnehmen!“ Das ist das Gegenteil von dem, was die steirischen Sozialdemokraten machen – sage ich und füge dem hinzu. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens: Wenn Kollege Gennaro, ich weiß nicht, wo er jetzt untergetaucht ist, ich sehe ihn jedenfalls nicht (Abg. Schrittwieser: „Er kann dir nicht mehr zuhören!“), heute hier gesagt hat, dass wir 10 Millionen Schilling täglich nach Wien abliefern, wenn wir schon so reden, so sage ich ihm, es sind genau 58 Millionen täglich, die wir aus Wien bekommen. (Abg. Stöhrmann: „Sind da die 10 Millionen schon abgezogen?“) Die Wortmeldung von Kurt Gennaro steht im genauen Gegensatz zu dem, was die SPÖ-Regierungsmitglieder an Arbeit leisten. Ich habe Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek auch heute genau beobachtet, weil ich beobachte ihn immer sehr genau. (Abg. Lafer: „Wenn er da ist!“) Wenn er da ist. (Abg. Lafer: „Wir stellen ein Foto auf!“ – Abg. Schrittwieser: „Von ihm kannst du was lernen!“ – Abg. Stöhrmann: „Aber helfen tuts nichts!“) Was regt euch das so auf, wenn ich euren Herrn Landeshauptmannstellvertreter und Parteivorsitzenden anschau. (Landesrat Dr. Flecker: „Das regt uns nicht auf, aber helfen tuts dir nicht!“) Es ist mir nicht unangenehm, wenn ich ihn beobachte. Kollege Kurt Gennaro, bei dir geht es mir nicht immer so. Das muss ich dir schon sagen. (Landesrat Dr. Flecker: „Ich heiße Flecker!“) Entschuldigung, Kurt Flecker. Da siehst du, wie du mich verwirrst. (Landesrat Dr. Flecker: „Aber das habe ich noch nicht gekannt von dir!“) Faktum ist, dass das, was Kollege Gennaro hier gemacht hat, im krassen Gegensatz zu dem steht, was die SPÖ-Regierungsmitglieder machen. Er spricht von Verantwortung wahrnehmen. Ich merke von verantwortungsvoller Politik seit 15. Oktober wenig bis gar nichts bei den SPÖ-Regierungsmitgliedern. Herbert Paierl hat in einer nicht einfachen Situation bei schwierigen Startbedingungen nach 55 Jahren SPÖ-Finanzreferenten nun hier sein erstes Budget vorgelegt. Ich kann beim besten Willen bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek und bei den Landesräten Dörflinger und Flecker wirklich momentan wenig merken von verantwortungsvoller Politik. Vielleicht haben Sie gemeinsam mit Kollegen Schrittwieser andere Schwerpunkte. Wenn man sich nämlich die ganzseitigen Inserate der SPÖ ansieht, – und hier steht bezahlte Anzeige, also wird es sich um ein Inserat handeln –, so geht es der SPÖ vor allem um eines: Das Erste ist Hohn und Spott über unsere Frau Landeshauptmann zu schütten – das ist das Erste und hier dreifach nachzulesen. Das Zweite ist, als potenzielle Nachfolgekandidaten sich mit Bild, wo es nur geht, ins Blickfeld zu rücken. Das sind momentan die Hauptsorgen. (Abg. Schrittwieser: „Oh, das war nicht gut!“) Kollege Schrittwieser, sei froh, dass du dabei bist und auch genannt wirst. Tue nicht so scheinheilig. Das ist momentan das, was die SPÖ am meisten beschäftigt. Und, Sigi, da werden auch Kinder bei Demonstrationen missbraucht – so wie du das gestern gemacht hast. (Abg. Schrittwieser: „Das war jetzt nicht gut, Reinhold!“) Da werden Kinder missbraucht, um einfach die Trostlosigkeit und das Furchtbare, was auf die Steirerinnen und Steirer zukommt, zu dokumentieren. Wir wollen das anders halten. Wir wollen verantwortungsvolle Politik betreiben und wir konzentrieren uns dabei nicht auf PR- und Marketingaktivitäten, um dann in gewissen Spalten entsprechend präsent zu sein. Übrigens, Landesrat Kurt Flecker, damit ich keinen Fehler mache (Abg. Schrittwieser: „Das war nicht dein erster, Reinhold!“), nennt diese Kreise, um dort entsprechend präsent zu sein, Schickimickikreise. Der „Kleinen Zeitung“ hat er anvertraut, dass er nichts von Politikern halte, die nur für Klatschspalten etwas zu bieten haben. Wen er da gemeint hat, das weiß ich nicht. Aber ich hoffe, Flecker weiß es. Flecker selbst ist ja momentan auch nicht gerade mit der Regierungstätigkeit sehr beschäftigt, denn in der „Neuen Zeit“ konnte ich lesen, dass er das prominenteste Mitglied des „Komitees für Tatjana“ ist. Das schadet aber dem Land gar nicht so, denn für Kurt Flecker, für Hofrat Flecker, ist ja regieren vor allem verwalten, das hat er gelernt, aber weniger gestalten. Ich möchte auch eines sehr deutlich zu Ihrem Parteichef sagen, zu Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek: Er ist der erste Landesregierungspolitiker, von dem mir bekannt ist, dass er sich in einem Vorruhestandsmodell bei vollen Bezügen befindet. Wie komme ich zu dem? Seit 7. November hatten wir acht Landtagssitzungen. Der sich im Vorruhestand befindliche SPÖ-Parteivorsitzende war bei einzelnen Sitzungen nur wenige Minuten anwesend – ich habe schon vorher gesagt, ich beobachte ihn genau. Wir sind hier mehr als 41 Stunden im Haus gesessen, mehr als 41 Stunden. Er war davon nicht einmal vier Stunden anwesend – (Abg. Schrittwieser: „Er hat die Frau Landeshauptmann gesucht!“) also eine Wochenarbeitsleistung bei einer 40-Stunden-Woche von 3,5 Wochen. (Abg. Schrittwieser: „Wenn er die Zeit weg wäre, wo er die Frau Landeshauptmann sucht, wäre er nie da!“) Jetzt sage ich dir noch etwas, was du in den Protokollen nachlesen kannst. Hier im Landtag geht es ja um das Wort, um die Sprache, um den Dialog. (Landesrat Dr. Flecker: „Wir schenken dir eine Stoppuhr!“) Das ist eine Form, die wir finden sollten. (Landesrat Dr. Flecker: „Wenn man dir zuhört, nicht!“) Weißt du, Kollege Kurt Flecker, was seit 7. November von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek hier zu hören war? Es waren sage und schreibe ganze fünf

Worte: „Ich nehme die Wahl an“ – hat er gesagt. (Abg. Schrittwieser: „Gott sei Dank!“) Seither schweigt er. Hätte er nicht einmal das gesagt, hätte er ein Vorruhestandsmodell ohne Gage nämlich. Denn das ist die Grundvoraussetzung, dass ein Regierungsmitglied bereit ist, die Wahl anzunehmen, dass er überhaupt Regierungsmitglied werden kann. Das ist eine Missachtung dieses Hauses, sage ich Ihnen, seit 15. Oktober 2000 hier die Mitarbeit im Landtag so zu verweigern. Ich habe genau die SPÖ-Regierungsmitglieder beobachtet, als immerhin ihr Regierungskollege Herbert Paierl, und das ist er wohl, ein Budget eingebracht hat, das auch für die SPÖ-Regierungsmitglieder Geltung hat. Sie haben nicht zugehört. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Na so etwas!“) Ihr seid dazu nicht verpflichtet. Aber ich fühle mich verpflichtet, das zu sagen, damit man es weiß. Ihr habt kein Interesse an Verantwortung für die Zukunft der Steiermark. Und das werden wir landauf, landab sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich finde es daher lächerlich, wenn SPÖ-Klubobmann Schrittwieser letzten Sonntag in einem Interview sagte (Abg. Schrittwieser: „Was habe ich gesagt?“), wortwörtlich: „Schwarz-blau hat in der Öffentlichkeit nichts mehr zu sagen!“ Wenn jemand nichts mehr zu sagen hat, wie es Klubobmann Schrittwieser nennt, dann ist es Ihr Parteivorsitzender. Ich befeißige mich nur Ihrer Diktion. (Abg. Mag. Erlitz: „Blödsinn!“) Wir wollen und werden arbeiten. Wenn Sie sich selbst in das Trotzwinkel stellen, dann sollen Sie dort stehen. Nur wenn Sie Behauptungen aufstellen und Hohn und Spott über unsere Regierungsmitglieder gießen, dann werden wir – (Abg. Mag. Erlitz: „Und was war das jetzt?“)

Das waren Fakten. Faktum ist, Kollege Erlitz, dass Ihr Parteivorsitzender seit 15. Oktober hier in diesem Haus gesagt hat: „Ich nehme die Wahl an!“ (Abg. Mag. Erlitz: „Rotzbübische Bemerkung und sonst nichts!“) Das ist keine polemische Bemerkung, das ist ein Zitat. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich habe gesagt rotzbübisch und nicht polemisch!“) Das war alles, was wir seit 7. November als Abgeordnete dieses Hauses von Ihrem Parteivorsitzenden – und die SPÖ ist ja nicht irgendeine Partei in dem Land, sie ist immerhin die zweitgrößte Partei im Land – an Mitarbeit bemerken konnten. (Abg. Stöhrmann: „Weil Sie zu wenig aufpassen!“) Gedanken kann ich nicht lesen.

Ich bin darauf angewiesen, was wir hier an Diskussion, an Debatten in den Ausschüssen und hier im Haus haben. Daher sage ich Ihnen, es ist Zeit, dass Sie zur Sacharbeit zurückkehren und die Fundamentalopposition aufgeben. (Abg. Stöhrmann: „Das war jetzt ein sachlicher Beitrag!“) Denn eines möchte ich Ihnen sehr deutlich sagen, wenn Sie weiterhin die Arbeit verweigern und nur Opposition in der Regierung betreiben wollen, dann werden Sie sicherlich damit zu rechnen haben, dass wir nicht müde werden, das auch deutlich den Steirerinnen und Steirern zu sagen. Denn es ist ein Widerspruch in sich, den leider unsere Proporzverfassung zulässt, in der Regierung zu sitzen und nur Opposition zu machen. Machen das die Grünen, so halte ich es auch nicht für gut, aber ich verstehe es, denn sie sind nicht in der Regierung. Sie sind aber in der Regierung. Betreiben aber seit 15. Oktober ausschließlich Destruktion und Opposition. Und das werden wir sehr deutlich sagen. Wir haben die letzten fünf Jahre hart gearbeitet und haben uns am 15. Oktober 2000 dem Urteil der Wähler gestellt. Und genau so werden wir es die nächsten fünf Jahre halten. (Landesrat Dr. Flecker: „Das ist wirklich harte Arbeit, was du im Moment hast!“) Wir werden hart arbeiten und uns dann wieder dem Urteil der Wähler stellen. (Landesrat Dörflinger: „Oije!“) Kollege Dörflinger, ich weiß nicht, für wen das „Oije“ am 15. Oktober gegolten hat, wir werden es in fünf Jahren wieder sehen. Wir werden uns sehr anstrengen, wir werden hart arbeiten. Sie mögen Obstruktion und Opposition betreiben. Trotzdem werden wir Sie immer wieder zu konstruktiver Mitarbeit einladen (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das haben wir gemerkt!“), weil ich glaube, dass die Steirerinnen und Steirer sich das von allen von uns erwarten. Ja, das tut Ihnen vielleicht weh. Aber Sie waren das, der einmal gesagt hat, die Wahrheit sagen auch dann, wenn es weh tut. (Landesrat Dörflinger: „Das hat der Kurt Gennaro gemacht, die Wahrheit sagen!“) Und das, was ich hier gesagt habe, war nichts anderes, als hier die Wahrheit zu sagen und Fakten auf den Tisch zu legen. Daher sage ich Ihnen nochmals, ich glaube, dass Landesrat Herbert Paierl hier mit seinem ersten Budget, mit dem ersten Budget in der Steiermark (Landesrat Dr. Flecker: „Das war wirklich ein Erstlingswerk!“) in dieser Zweiten Republik, das die Handschrift eines Regierungsmitgliedes der Volkspartei trägt, einen richtigen Weg eingeleitet hat. Wenn Sie uns ein Stück des Weges begleiten, sind wir froh darüber, wenn nicht, werden wir allein alles unternehmen, um die-sen Weg zu einem erfolgreichen für die Steirerinnen und Steirer zu machen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (11.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Für mich heute das erste Mal, dass ich es miterleben darf, dass im Landtag ein Budget eingebracht wird und ich nahm fest an, dass es hier zu einer sachlichen Auseinandersetzung kommt, was in Zukunft in der Steiermark weiter passieren sollte. Ein Budget für 2001 und 2002, ein Zahlenwerk, das aussagt, welche Prioritäten für die Zukunft zu setzen sind und welche Fakten und wirtschaftliche Taten abzudecken sind. Es kam ganz anders, als ich erwartet habe. Kritik vor allem von der SPÖ, indem man spricht von unsozial, unausgewogen, bürgerfremd. Da stellt man sich dann schon die Frage, was ist eigentlich geblieben aus den Österreicherinnen und Österreichern, den tüchtigen, fleißigen und innovativen Menschen? Es ist das ja immer gewesen, was die SPÖ auch während ihrer jahrzehntelangen Verantwortung um dieses Land gepredigt und gesagt hat. Was ist in den letzten 30 Jahren passiert unter SPÖ-Regierung, Verantwortung? Die Einnahmen haben sich verneunfacht, die Ausgaben haben sich vervierzigfacht. Das spricht bitte jene Zahl schon alleinig, dass es die SPÖ zu verantworten hatte und hat, dass in Österreich 2,2 Billionen Schilling Schulden vorhanden sind. Die Folge davon für die Steirer-

mark: 22 Milliarden Schilling Schulden für das Land, 23 Milliarden Schulden für die Gemeinden. Und das – an die Mitglieder der SPÖ gerichtet – müsste Ihnen zu denken geben. 45 Jahre in der Bundespolitik und seit 1945 den Finanzlandesreferenten zu stellen in der Steiermark, das spricht Bände. Da braucht man wirklich nichts mehr weiter ausführen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich behaupte heute nach wie vor, das sind die Auswirkungen der sozialistischen Politik, der Freunderlwirtschaft, des Proporz und des Postenschachers. (Abg. Mag. Erlitz: „Haben wir jetzt!“) Das sind genau jene Dinge, die die SPÖ jahrzehntelang geprägt haben und heute gehen Sie hier heraus und sprechen von unsozial, ungerecht, bürgerfremd. Genau zu dem und bei objektiver Betrachtung – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die ÖVP war nie da?“) Moment, es kommt schon noch! Und bei objektiver Betrachtung frage ich Sie jetzt, wo ist die Verantwortung für das Land geblieben? Wo ist die Verantwortung geblieben? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du bist wirklich brav!“) Sie haben ja keine Alternativvorschläge zum Budget gemacht. Sie haben keine Alternativvorschläge für die Zukunft des Landes gemacht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer stellt den Landeshauptmann seit 50 Jahren?“) Sie haben keine Impulse und Akzente für die Steiermark gesetzt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bist ein braver Koalitionspartner geworden!“)

Ich bin kein braver Koalitionspartner, sondern die Freiheitliche Partei ist angetreten, um ein neues Ziel für dieses Land, vor allem für die Steirerinnen und Steirer zu gestalten. (Landesrat Dörflinger: „Franz, das stimmt nicht!“) Ein neues Ziel zu definieren, das heißt keine Neuverschuldung. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Franz, das stimmt nicht, da warst du nicht dabei!“)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ohne es polemisch jetzt auszusagen, möchte ich doch feststellen, dass seit dem Oktober – und der Kollege Lopatka hat das schon angeführt – die SPÖ in ihrer gesamten Konstellation eine gewisse Art der Arbeitsverweigerung betreibt. (Dr. Lopatka: „Das sehe ich auch so!“) Die ganze Zeit wird in oppositionellem Betrachten der Landespolitik davon ausgegangen, dass alles zu kritisieren und zu hinterfragen ist. Und zum Zweiten, bei jeder Regierungssitzung, die Montag stattfindet, werden Anträge eingebracht und bei Zustimmung dieser Anträge würde das Budget bitte in allen Teilen zersprengt werden, von dessen Ausgang ich ja gar nicht zu träumen wage. (Landesrat Dörflinger: „Du, Franz, aber fragen darf man schon noch! Das ist schon erlaubt?“) Ich frage auch immer, wenn ich mich nicht auskenne. (Landesrat Dörflinger: „Fragen darf man schon, nur weil du das als Vorwurf formuliert hast!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Von einem Landesrat hätten wir uns ein paar Antworten erwartet!“) Ich möchte doch auch genau zu dieser Zielformulierung kommen, weil sich ja sicher einige die Frage stellen werden, wieso stimmen wir eigentlich diesem Budget zu? (Landesrat Dörflinger: „Das frage ich mich auch!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das frage ich mich wirklich!“) Es gibt eine ganz klare Antwort darauf. Wir treten ein für ein Nulldefizit, das heißt, lieber Günter Dörflinger, keine Neuverschuldung für dieses Land, die auf Kosten der nächsten Generation geht. Das ist eines der wichtigsten Ziele für die Steiermark. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Zweitens, wir stehen zu dem Zukunftsfonds zur Sicherstellung der am dringendsten für die Steiermark notwendigen Infrastrukturmaßnahmen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Da werden gigantische Kredite aufgenommen!“) Und gerade Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, der Sie als Landesobmann auch der SPÖ immer vorgestanden sind und dem Infrastrukturminister oder Landesrat gestellt haben, müssen wissen, welche Versäumnisse die Steiermark in den letzten zehn Jahren erfahren hat, so dass wir das Schlusslicht in Bezug auf Infrastruktur (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „In den letzten 50 Jahren!“) sind und das Schlusslicht waren unter Ihrer Führung, was die Wirtschaftslage in der Steiermark ausmacht. (Landesrat Dörflinger: „Wieso kritisierst du die Frau Landeshauptmann so?“) Drittens, wir stimmen dem Budget zu, weil wir für ein sparsames Wirtschaften eintreten, indem wir die Ziele der sozialen Ausgewogenheit und Gerechtigkeit für die Steirerinnen und Steirer genau verfolgen.

Das sind wirklich einmal drei grundlegende Punkte, die wir dahin gehend verfolgen und deshalb glauben wir auch, dass wir dem Budget zustimmen können. Aber ein anderer Punkt, dem wir natürlich nicht unberührt lassen dürfen, ist das, dass wir natürlich auch sehr mahnende Worte auf die Seite der ÖVP richten müssen. Wir sind froh, dass die Verschwendungspolitik der ÖVP und SPÖ, wie sie in den letzten Jahrzehnten betrieben worden ist, ein Ende hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Nach unserer Meinung und nach unserer Erkenntnis hat die ÖVP bereits eingesehen, dass man einfach nicht mehr ausgeben darf, als man einnimmt. Das ist genau das, was man eigentlich von jeder Hausfrau verlangt. Und dieses Verständnis ist wieder zurückgekehrt. Wie die ÖVP mit der für sie neuen Politik des nicht mehr „Ausgebendürfens“ als man annimmt, nach all den Versprechungen für die Bürger vor der letzten Landtagswahl zu-recht kommt, werden wir aufmerksam mitverfolgen. Wir sind ja auch froh, dass Finanzlandesrat Paierl ein Budget vorgestellt hat, dass sich genau nach den Richtlinien des Bundesministers für Finanzen, Karl-Heinz Grasser, richtet, indem das Nulldefizit erreicht werden muss, weil es einfach und unbedingt notwendig ist. Wir werden aber genau verfolgen, ob die Landesregierung, sprich die ÖVP, je näher es zur nächsten Wahl geht, wieder vom Sparkurs abweicht und wieder in der alten Schuldenpolitik weitermacht. Sollte das passieren, dann werden wir nicht mehr einem Budget zustimmen. Sollte jedoch die Zukunft der Steiermark dahin gehend bestehen, dass es für die Steirerinnen und Steirer wieder ein Licht am Horizont gibt, dann werden wir weiterhin gemeinsam mit der ÖVP auch für diese Steiermark arbeiten. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.38 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, dass das kein Vorgeschmack auf die Budgetdebatte in der nächsten Woche war. In meinen Augen war das ein wildes Sammelsurium von Brocken an vermutlich schon konzipierten Budgetreden, aber auch eine große Menge an, so war zumindest mein Eindruck, persönlichen Rechnungen, die irgendwann einmal ausgestellt werden mussten. Ich habe mich über Herrn Lopatka sehr gewundert, denn zu Beginn hat er angekündigt, dass die Klubobleute von ÖVP, FPÖ und Grünen zum Budget nichts sagen wollen. Er hat es dann auch weitgehend eingehalten, weil zum Budget hat er sich im Wesentlichen nicht geäußert. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Erlitz: „Er hat es heute erst bekommen!“) Vieles andere war aber nicht dergestalt, dass ich stolz bin, Mitglied des Landtages zu sein. Ich denke, die Zuschauer hätten sich auch etwas anderes erwartet, zumindest etwas höher Stehendes. (Abg. Dr. Lopatka: „Alle stehen nicht so hoch wie Sie, Frau Kollegin!“) Es war für heute vereinbart, die Budgetdebatte noch nicht zu führen, sondern sich die Budgetrede des Herrn Landesrates anzuhören. Uns von den Grünen bleibt auch nichts anderes übrig, als uns das anzuhören, denn erst ab heute können wir uns mit dem Budget konkret beschäftigen. Herr Landesrat hat zwar anders als sein Vorgänger ein Angebot eines Gespräches gemacht. Er hat uns auch kurz in die Grundlagen seiner Budgeterstellung eingeführt – das war auch ein informatives Gespräch. Allerdings haben wir erst heute die Zahlen und Erläuterungen bekommen, die uns wirklich in die Lage versetzen, uns das Budget genauer anzuschauen. Ich sage das deswegen so deutlich, weil ich das für einen ganz groben Mangel halte. Insofern unterscheidet sich Herr Landesrat nicht von seinem Vorgänger. Denn auch jetzt erhält die Oppositionspartei im Landtag acht Tage vor der Budgetsitzung das gesamte Konvolut an Zahlen und Erläuterungen und soll seinem Kontrollauftrag als Oppositionspartei nachkommen. (Landesrat Schützenhöfer: „Frau Kollegin, das ist Sache des Landtages!“) Ich halte das nicht für in Ordnung. Es ist auch nirgends gesetzlich oder wie auch immer festgelegt, dass erst in diesem Zeitraum das Budget ausgeteilt werden darf. Wir werden das Budget sehr genau überprüfen und uns nächste Woche ganz klar und deutlich dazu äußern. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 11.41 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (11.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Paieryl, wir zwei unterhalten uns noch, aber das nächste Mal, nicht jetzt. Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Tasch: „Da kannst du noch so viel reden, Landesobmann wirst du nie werden!“) Da würde es mir so gehen wie dir. (Abg. Tasch: „Ich will ja nicht!“) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen: Bei uns war es diesmal so, dass wir gesagt haben, wir haben Vertrauen in unsere Finanzsprecher. Die sollen sich heute zu Wort melden und sollen ihre Position zur Einbringung des Budgets darlegen. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum redest du nicht?“) Anscheinend habt ihr kein Vertrauen zu euren Budget- oder Finanzsprechern. Ich rede nicht zum Budget. Lieber Kollege Lopatka, wenn dieser Stil, den du hier schon längere Zeit betreibst, heute fortgesetzt wird (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist denn euer Stil?“), und Landesrat Paieryl hat ihn auch fortgeführt, dass die Verunglimpfung anderer vorderste Politik wird, dann sage ich Folgendes, liebe Frau Landeshauptmann (Abg. Dr. Lopatka: „Wen hat er verunglimpft?“): Wenn Landesrat Paieryl in der Vorwoche erklärt, und Sie sind immer jene, die sagt, Sie haben als Landeshauptmann Koordinierungsaufgaben, dann können Sie nicht dulden, dass ein Landesrat dieser Landesregierung zu Herrn Landeshauptmannstellvertreter sagt, er soll sich endlich schleichen aus der steirischen Landespolitik. Ich erwarte mir von Herrn Paieryl und von Ihnen eine Entschuldigung, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Auch eine Tageszeitung hat das sogar getitelt. Wenn Sie das dulden, liebe Frau Landeshauptmann, dann sehen wir wieder einmal Ihre zwei Gesichter: Einmal sind Sie die freundliche Landesmutti und auf der anderen Seite lassen Sie Ihre Scharfmacher hinaus auf andere, die ehrlich zwölf Jahre in dieser Landespolitik gearbeitet und tätig waren, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Das werden wir uns nicht gefallen lassen.

Das Zweite, weil du vorgerechnet hast, Kollege Lopatka, wie lange Landeshauptmann Schachner bei Landtagssitzungen anwesend ist: Du musst viel Zeit haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Sicher!“) Du hast es dir sicher vorrechnen lassen, wie lange Landeshauptmann Schachner im Landtag war. (Abg. Dr. Lopatka: „Was ist los mit euch, arbeitet ihr überhaupt nicht mehr?“) Lieber Freund, wenn er nämlich die Frau Landeshauptmann suchen müsste, wäre er überhaupt nie da, weil auch sie andauernd unterwegs ist. Der Landtag selbst interessiert sie überhaupt nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur harten Arbeit, lieber Kollege Lopatka, die ihr verrichtet: Weißt du, wo diese ist? (Abg. Dr. Lopatka: „Mit euch ist sehr hart zu arbeiten!“) Für den Landesrechnungshof einen ÖVP-Kandidat zu suchen – eine harte Arbeit. Dann habt ihr uns das noch irgendwie hineindrücken wollen. Das ist dann aber nicht gegangen. Das nächste Mal war es dann die Bestellung der Leiterin des Landesjugendreferates, wo ihr einfach eine ÖVP-Gemeinderätin bestellt habt. Harte Arbeit bedeutet bei euch, dass ihr mit der absoluten Mehrheit in der Landesregierung nach dieser Wahl nicht umgehen könnt. Ihr seid in die Steinzeit zurückgefallen. Eure Aufgabe ist nicht für die Steirer zu arbeiten, sondern eure Parteigänger überall dort hineinzupressen, wo ihr glaubt, dort braucht ihr sie. (Beifall bei der SPÖ.)

Gegen das, meine Damen und Herren, werden wir uns wehren. Wir werden auch nicht müde werden, das immer wieder aufzuzeigen. Wenn das das einzige war, was ihr bisher hier aufgezeigt habt, genau etwas anderes zu tun, als ihr vor der Wahl versprochen habt, nämlich für das Land zu arbeiten, dann sage

ich, dass man nichts mehr davon sieht. Was ihr hier macht, ist eure parteipolitischen Hackler unterzubringen, die für euch in der nächsten Periode arbeiten, aber mit sachlicher Arbeit nichts mehr zu tun haben. (Abg. Riebenbauer: „Das hat der Oster-hase geschrieben!“)

Einen Satz zum Budget wegen der Schuldenpolitik, meine Damen und Herren: Es ist richtig, dass man nicht auf Dauer vieles mehr ausgeben kann, als man einnimmt. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist eh schon ein Fortschritt bei euch!“) Eines sage ich euch schon, weil ihr alle hier sitzt, und da nehmt euch alle beim Jankerl, lieber Freund: Die ÖVP ist 14 Jahre in der Bundesregierung gesessen. Es gibt keinen Minister, der mehr Staatsschulden mitbeschlossen hat als der heutige Bundeskanzler Schüssel. Ihr stellt euch jetzt her und sagt, wir sind die Schuldnermacher. Das werden wir auf uns nicht sitzen lassen, weil viele der Anträge, wo wir Staatsschulden gemacht haben, sind von euch gekommen. Wir haben sie deshalb gemacht, weil sich dieses Land in diesen 30 Jahren, wo die SPÖ die Hauptverantwortung in diesem Land getragen hat, in einer Form weiterentwickelt hat: für die jungen Menschen, für die älteren Menschen, für die Arbeitnehmer, das Beispiele sucht auf der ganzen Welt, meine Damen und Herren. Und daher lassen wir uns nicht hinuntermachen von euch (Beifall bei der SPÖ.), nur weil es euch in den Kram passt. Zur FPÖ auch ein Wort: Auch ihr seid in der Bundesregierung gewesen, zwar nicht lange, aber doch. Vielleicht dauert es jetzt auch nicht so lange, aber das weiß ich nicht. Es waren vielleicht acht, zehn Jahre – das wird schon stimmen. Auch ihr habt damals die Schulden mitbeschlossen, weil vieles notwendig war.

Jetzt, lieber Freund, ist überhaupt Folgendes: Wenn ich mir anschau, was ihr vor der Wahl alles gesagt und versprochen habt und auch schon die letzten zehn Jahre alles gesagt und versprochen habt, so kennen wir euch überhaupt nicht mehr. Euch muss man mit einem Zettel anschreiben, dass man weiß, das ist VP und FP, weil ansonsten seid ihr beim Reden und Handeln nicht wiedererkennbar, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Das wollen wir nicht. Wir haben vor der Wahl die Dinge versprochen. Bei uns passt reden und handeln zusammen und dabei wird es auch bleiben, meine Damen und Herren. Über das Budget werden wir uns nächsten Donnerstag unterhalten. (Beifall bei der SPÖ. – 11.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Die nächste Sitzung findet am 26. April 2001 mit Beginn um 9 Uhr statt und wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 11.47 Uhr.)